

Die Koalition hat die Wahl nicht verloren

Berlin: „Es bleibt wohl, wie es ist“ und „Signale aus der Hauptstadt“, FR-Tagesthema und -Meinung vom 14. Februar

Der Leitartikel sendet ein falsches Signal in die Republik. Die Berliner Koalition hat nicht die Wahl, sie hat viele Stimmen verloren. Die Mehrheit der Wähler hat immer noch eindeutig für die Fortsetzung der Koalition entschieden. Schon Adenauer hat ein für allemal klargestellt: Mehrheit ist Mehrheit. Und wenn sie nur der eigenen Stimme zu verdanken ist.

Nur die FDP verlor diese Wahl, weil sie aus dem Landtag flog. SPD, Grüne und Linke sind keine „Wahlverliererinnen“, so lange sie eine Regierung bilden können. Sie haben viele Wähler-

stimmen und viel Vertrauen eingebüßt – ein deutlicher Denktzettel. Aus den Verlusten muss man klugerweise parteipolitische Konsequenzen ziehen, zum Beispiel Personen austauschen. Oder man muss weitermachen und durch überzeugende Politik den Vertrauens- und Stimmenverlust wieder wettmachen.

Warum ist die Unterscheidung von Wahlniederlage und Stimmenverlust so wichtig? Weil vermieden werden sollte, ein falsches Bewusstsein über das Wesen unserer Demokratie zu fördern. Es ist nun einmal eine kapitalistische, keine moralische

Demokratie. Wer von Wahlniederlage spricht, lässt eine Fortsetzung der Koalition als moralisch verwerflich erscheinen und spielt den Feinden der Demokratie, die es nicht nur in der Wählerschaft, sondern in allen Parteien gibt, in die Hände. Das gilt auch, wenn Wahlen als „Urnengang“ bezeichnet oder in Wahllokalen grüne Mülltonnen als Stimmzettelboxen benutzt werden. Das sind Faktoren, die demokratische Wahlen unerschütterlich mit Tod und Müll in Verbindung bringen.

Hans See, Maintal-Dörnigheim

Diskussion: frblog.de/berlinwahl-2023



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:

Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Mailen Sie an:

Bronski@fr.de oder
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

FR ERLEBEN

Martin Benninghoff spricht im TV über Nordkorea, den Kim-Clan und die Tochter des Diktators.

Montag, 27. Februar, 19,05 Uhr
„Galileo“, Pro Sieben

Stephan Hebel moderiert die Diskussion zum Thema „2. Frankfurter Demokratiekonvent: Was ist passiert? Frankfurts Bürger:innenrat zieht Bilanz“ mit den Magistratsmitgliedern Bastian Bergerhoff, Rosemarie Heilig und Eileen O’Sullivan sowie Vertreter:innen der Initiative „Mehr als wählen“.

Montag, 27. Februar, 19 Uhr
Evangelische Akademie Römerberg 9, Frankfurt

Claus-Jürgen Göpfert spricht mit dem Wirtschaftswissenschaftler Yannick Schwarz vom Netzwerk Steuergerechtigkeit über den Cum Ex-Skandal und die Folgen.

Freitag, 3. März, 19,30 Uhr
Bühne Marleen, Liliencarré Bahnhofsplatz 3, Wiesbaden

Pitt von Bebenburg moderiert die hybride Konferenz „Faire Arbeit in Europa“ des DGB-Bildungswerks und der Friedrich-Ebert-Stiftung. Mit Anja Piel (DGB-Vorstand), Rolf Schmachtenberg (Sozial-Staatssekretär) und anderen. Mit Livestream. Anmeldung bis 8.3.2023 unter raya.maana@fes.de
Mittwoch, 15. März, 13 Uhr
Friedrich-Ebert-Stiftung, Haus 2 Hiroshimastr. 28, Berlin

Nachhaltigkeit in den Denkmustern

Fleisch verarbeitende Betriebe: „Kein Ende der Ausbeutung“, FR-Wirtschaft vom 22. Februar

Offensichtlich haben sich die skandalösen Arbeitsbedingungen in Fleisch verarbeitenden Betrieben wie Tönnies oder Westfleisch kaum verändert.

Nach wie vor werden Mitarbeiter*innen schikaniert, um Lohn geprellt, gegängelt und genötigt. Es genügt eben nicht, ein Gesetz zur Verbesserung der Situation zu beschließen, man muss auch kontinuierlich und überraschend prüfen, ob es auch eingehalten wird, bei Verstößen anklagen und bestrafen. Geldstrafen allein, die zudem viel hö-

her ausfallen sollten, genügen nicht. Ich frage mich, ob wirklich der politische Wille da ist, die Situation in deutschen Großschlachthöfen zu verbessern. Zwar werden händeringend Arbeitskräfte gesucht, aber offenbar bei Verstößen lieber beide Augen zugezückt, um die Konzerne nicht zu verprellen, statt die Arbeitnehmer*innen besser zu schützen.

Kommen ja aus Rumänien oder Bulgarien und sind froh, überhaupt einen Job zu haben und in Deutschland leben zu

können. Wenn sich diese Art Wirtschafts- und Migrationspolitik eines Tages rächt – und Missstände haben immer üble soziale Folgen wie Lügen kurze Beine haben –, will selbstverständlich niemand verantwortlich sein, beziehungsweise Ursachen und deren Auswirkungen sind längst ad acta gelegt. In einer Gesellschaft werden auch soziale Ressourcen leichtfertig oder vorsätzlich ausgebeutet. Um daran etwas zu ändern, bedarf es einer Nachhaltigkeit in den Denkmustern. Robert Maxeiner, Frankfurt

ZUSCHRIFTEN ONLINE

Alle Stimmen dieses Forums wurden auch online im FR-Blog veröffentlicht, der Fortsetzung des Print-Forums im Internet. Lesen Sie hier: frblog.de/f20230220

Das Wetter: Wechselhaft, einzelne Schauer

